

Gemeinde Wittnau Landkreis Breisgau - Hochschwarzwald

Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Wittnau (Feuerwehrsatzung)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung in der Fassung vom 24. Juli 2020 (GBI. S. 582, ber. S. 698) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.10.2020 (GBI. S 910) m.W.v. 24.10.2020 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 3, § 7 Abs.1 Satz 1, § 8 Abs. 2 Satz 2, § 10 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1, § 18 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 des Feuerwehrgesetzes (FwG) in der Fassung vom 02. März 2010 (GBI. S. 333) zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 21. März 2021 (GBI. S. 161) hat der Gemeinderat am **03. Mai 2021** folgende Neufassung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Wittnau beschlossen

§ 1

Name und Gliederung der Freiwilligen Feuerwehr

- (1) Die Freiwillige Feuerwehr Wittnau, in dieser Satzung Feuerwehr genannt, ist eine gemeinnützige, der Nächstenhilfe dienende Einrichtung der Gemeinde Wittnau ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- (2) Die Feuerwehr besteht als Gemeindefeuerwehr aus
 1. der Einsatzabteilung
 2. der Ehrenabteilung
 3. der Jugendabteilung
 4. der Bambinigruppe

§ 2

Aufgaben

- (1) Die Feuerwehr hat
 1. bei Schadenfeuer (Bränden) und öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten und die Einzelne oder den Einzelnen und das Gemeinwesen vor hierbei drohenden Gefahren zu schützen und
 2. zur Rettung von Menschen und Tieren aus lebensbedrohlichen Lagen technische Hilfe zu leisten.

Ein öffentlicher Notstand ist ein durch ein Naturereignis, einen Unglücksfall oder dergleichen verursachtes Ereignis, das zu einer gegenwärtigen oder unmittelbar bevorstehenden Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Menschen und Tieren oder für andere wesentliche Rechtsgüter führt, von dem die Allgemeinheit, also eine unbestimmte und nicht bestimmbar Anzahl von Personen, unmittelbar betroffen ist und bei dem der Eintritt der Gefahr oder des Schadens nur durch außergewöhnliche Sofortmaßnahmen beseitigt oder verhindert werden kann..

- (2) Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister kann die Feuerwehr beauftragen (§ 8 Abs. 2 Nr. 13 der Hauptsatzung)
1. mit der Abwehr von Gefahren bei anderen Notlagen für Menschen, Tiere und Schiffe und
 2. mit Maßnahmen der Brandverhütung, insbesondere der Brandschutzaufklärung und Brandschutzerziehung sowie des Feuersicherheitsdienstes.
- (3) in Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Feuerwehr insbesondere
1. die Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr nach den jeweiligen Vorschriften aus- und fortzubilden – es sollen mindestens 16 Übungen im Jahr durchgeführt werden.
 2. die Ausbildung in erster Hilfe zu fördern.

§ 3 Aufnahme in die Feuerwehr

- (1) In die Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr können auf Grund freiwilliger Meldung Personen als ehrenamtlich Tätige aufgenommen werden, die
1. das 17. Lebensjahr vollendet haben; sie dürfen erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres an Einsätzen teilnehmen,
 2. den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes gewachsen sind (maßgebend ist die ärztliche Untersuchung G 26.3),
 3. geistig und charakterlich für den Feuerwehrdienst geeignet sind,
 4. sich zu einer längeren Dienstzeit bereit erklären,
 5. nicht infolge Richterspruchs nach § 45 des Strafgesetzbuchs (StGB) die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren haben,
 6. keinen Maßregeln der Besserung und Sicherung nach § 61 StGB mit Ausnahme der Nummer 5 (Entziehung der Fahrerlaubnis) unterworfen sind und
 7. nicht wegen Brandstiftung nach §§ 306 bis 306c StGB verurteilt wurden.

Die Dienstzeit nach Nummer 4 soll mindestens 10 Jahre betragen.

- (2) Die Aufnahme in die Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr erfolgt für die ersten zwölf Monate auf Probe. Innerhalb der Probezeit soll die oder der Feuerwehrangehörige erfolgreich an einem Grundausbildungslehrgang teilnehmen. Aus begründetem Anlass kann die Probezeit verlängert werden. Auf eine Probezeit kann verzichtet oder sie kann abgekürzt werden, wenn Angehörige der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung übertreten oder eine Person eintritt, die bereits einer anderen Gemeindefeuerwehr oder einer Werkfeuerwehr angehört oder angehört hat.
- (3) Bei Personen mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen (§ 11 Abs. 4 FwG) kann der Feuerwehrausschuss im Einzelfall die Aufnahme abweichend von Absatz 1 und 2 regeln sowie Ausnahmen von der Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes nach § 4 Abs. 1 Nr. 5 und den Dienstpflichten nach § 5 Abs. 5 und 6 zulassen.

- (4) Aufnahmegesuche sind schriftlich an die Feuerkommandantin oder den Feuerwehrrkommandanten zu richten. Vor Vollendung des 18. Lebensjahrs ist die schriftliche Zustimmung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Über die Aufnahme auf Probe, die Verkürzung oder Verlängerung der Probezeit und die endgültige Aufnahme entscheidet der Feuerwehrausschuss. Neu aufgenommene Angehörige der Gemeindefeuerwehr werden von der Feuerwehrrkommandantin bzw. vom Feuerwehrrkommandanten durch Handschlag verpflichtet.
- (5) Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht. Eine Ablehnung ist der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller von der Bürgermeisterin bzw. vom Bürgermeister schriftlich mitzuteilen.
- (6) Jede Angehörige oder jeder Angehöriger der Gemeindefeuerwehr erhält einen von der Bürgermeisterin bzw. vom Bürgermeister ausgestellten Dienstaussweis.

§ 4

Beendigung des Feuerwehrdienstes

- (1) Der ehrenamtliche Feuerwehrdienst in der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr endet, wenn die oder der ehrenamtlich tätige Angehörige der Gemeindefeuerwehr
 1. die Probezeit nicht besteht,
 2. während oder mit Ablauf der Probezeit ihren oder seinen Austritt erklärt,
 3. ihre oder seine Dienstverpflichtung nach § 12 Abs. 2 FwG erfüllt hat,
 4. den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes nicht mehr gewachsen ist,
 5. das 65. Lebensjahr vollendet hat,
 6. infolge Richterspruchs nach § 45 StGB die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat,
 7. Maßregeln der Besserung und Sicherung nach § 61 StGB mit Ausnahme der Nummer 5 (Entziehung der Fahrerlaubnis) unterworfen wird oder
 8. wegen Brandstiftung nach §§ 306 bis 306c StGB verurteilt wurde.
- (2) Die oder der ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige ist auf ihren oder seinen Antrag von der Bürgermeisterin bzw. vom Bürgermeister aus dem Feuerwehrdienst in der Einsatzabteilung zu entlassen, wenn
 1. sie oder er nach § 6 Abs. 2 Satz 1 in die Ehrenabteilung überwechseln möchte,
 2. der Dienst in der Einsatzabteilung aus persönlichen oder beruflichen Gründen nicht mehr möglich ist,
 3. sie ihre oder er seine Wohnung in eine andere Gemeinde verlegt oder
 4. sie oder er nicht in der Gemeinde wohnt und sie oder er ihre bzw. seine Arbeitsstätte in eine andere Gemeinde verlegt.

In den Fällen der Nummern 3 und 4 kann die oder der Feuerwehrangehörige nach Anhörung des Feuerwehrausschusses auch ohne ihren oder seinen Antrag entlassen werden. Die oder der Betroffene ist vorher anzuhören.

- (3) Der Antrag auf Entlassung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Feuerwehrkommandantin bzw. beim Feuerwehrkommandanten einzureichen.
- (4) Eine ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige oder ein ehrenamtlich tätiger Feuerwehrangehörige, die ihren oder der seinen Wohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt, hat dies binnen einer Woche der Feuerwehrkommandantin oder dem Feuerwehrkommandanten anzuzeigen. Das gleiche gilt, wenn sie oder er nicht in der Gemeinde wohnt und sie ihre oder er seine Arbeitsstätte in eine andere Gemeinde verlegt.
- (5) Der Gemeinderat kann nach Anhörung des Feuerwehrausschusses den ehrenamtlichen Feuerwehrdienst einer oder eines Feuerwehrangehörigen aus wichtigem Grund beenden. Dies gilt insbesondere
 1. bei fortgesetzter Nachlässigkeit im Dienst,
 2. bei schweren Verstößen gegen die Dienstpflichten,
 3. bei erheblicher schuldhafter Schädigung des Ansehens der Feuerwehr oder
 4. wenn ihr bzw. sein Verhalten eine erhebliche und andauernde Störung des Zusammenlebens in der Gemeindefeuerwehr verursacht hat oder befürchten lässt.

Die oder der Betroffene ist vorher anzuhören. Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister hat die Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes durch schriftlichen Bescheid festzustellen.

- (6) Angehörige der Gemeindefeuerwehr, die ausgeschieden sind, erhalten auf Antrag eine Bescheinigung über die Zugehörigkeit zur Feuerwehr.

§ 5

Rechte und Pflichten der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr

- (1) Die Angehörigen der Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr haben das Recht, die ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandantin oder den Feuerwehrkommandanten, ihre oder seine Stellvertreterin bzw. ihren oder seinen Stellvertreter und die Mitglieder des Feuerwehrausschusses zu wählen.
- (2) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten nach Maßgabe des § 16 FwG und der örtlichen Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr eine Entschädigung.
- (3) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr erhalten bei Sachschäden, die sie in Ausübung oder infolge des Feuerwehrdienstes erleiden einen Ersatz nach Maßgabe des § 17 FwG.
- (4) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr sind für die Dauer der Teilnahme an Einsätzen oder an der Aus- und Fortbildung nach Maßgabe des § 15 FwG von der Arbeits- oder Dienstleistung freigestellt.

- (5) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr sind verpflichtet (§ 14 Abs. 1 FwG)
1. am Dienst- und an Aus- und Fortbildungslehrgängen regelmäßig und pünktlich teilzunehmen,
 2. bei Alarm sich unverzüglich zum Dienst einzufinden,
 3. den dienstlichen Weisungen der Vorgesetzten nachzukommen,
 4. im Dienst ein vorbildliches Verhalten zu zeigen und sich den anderen Angehörigen der Feuerwehr gegenüber kameradschaftlich zu verhalten,
 5. die Ausbildungs- und Unfallverhütungsvorschriften für den Feuerwehrdienst zu beachten,
 6. die ihnen anvertrauten Ausrüstungsstücke, Geräte und Einrichtungen gewissenhaft zu pflegen und sie nur zu dienstlichen Zwecken zu benutzen, und
 7. über alle Angelegenheiten Verschwiegenheit zu wahren, von denen sie im Rahmen ihrer Dienstausbildung Kenntnis erlangen und deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist.
- (6) Die Angehörigen der Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr haben eine Abwesenheit von länger als einer Woche der Feuerwehrkommandantin oder dem Feuerwehrkommandanten oder der oder dem von ihr oder ihm Beauftragten rechtzeitig vorher anzuzeigen und eine Dienstverhinderung bei ihrer bzw. ihrem Vorgesetzten vor dem Dienstbeginn zu melden, spätestens jedoch am folgenden Tage die Gründe hierfür zu nennen.
- (7) Aus beruflichen, gesundheitlichen oder familiären Gründen kann eine ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige bzw. ein ehrenamtlich tätiger Feuerwehrangehöriger der Gemeindefeuerwehr auf Antrag von der Feuerwehrkommandantin oder vom Feuerwehrkommandanten vorübergehend von ihrem bzw. seinen Dienstpflichten nach Absatz 5 Nr. 1 und 2 befreit werden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant nach Anhörung des Feuerwehrausschusses auf Antrag Dienstpflichten nach Absatz 5 Nr. 1 und 2 dauerhaft beschränken.
- (8) Ist eine ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige oder ein ehrenamtlich tätiger Angehöriger der Gemeindefeuerwehr gleichzeitig Mitglied einer Berufsfeuerwehr, einer Werkfeuerwehr oder hauptamtliche Feuerwehrangehörige bzw. hauptamtlicher Feuerwehrangehöriger, haben die sich hieraus ergebenden Pflichten Vorrang vor den Dienstpflichten nach Absatz 5 Nr. 1 und 2.
- (9) Verletzt eine ehrenamtlich tätige Angehörige oder ein ehrenamtlich tätiger Angehöriger der Gemeindefeuerwehr schuldhaft die ihr oder ihm obliegenden Dienstpflichten, kann ihr die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant einen Verweis erteilen. Grobe Verstöße kann die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister auf Antrag der Feuerwehrkommandantin oder des Feuerwehrkommandanten mit einer Geldbuße bis zu 1.000 Euro ahnden. Die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant kann zur Vorbereitung eines Beschlusses des Gemeinderats auf Beendigung des Feuerwehrdienstes nach § 4 Abs. 5 die ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige oder den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen auch vorläufig des Dienstes entheben, wenn andernfalls der Dienstbetrieb oder die Ermittlungen beeinträchtigt würden. Die oder der Betroffene ist vor einer Entscheidung nach den Sätzen 1 und 3 anzuhören.

§ 6 Ehrenabteilung

- (1) In die Ehrenabteilung wird unter Überlassung der Dienstkleidung übernommen, wer nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 und Abs. 2 Nr. 2 bis 4 aus dem ehrenamtlichen Feuerwehrdienst in der Einsatzabteilung ausscheidet und keine gegenteilige Erklärung abgibt.
- (2) Der Feuerwehrausschuss kann auf ihren Antrag Angehörige der Feuerwehr, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, unter Belassung der Dienstkleidung aus der Einsatzabteilung in die Ehrenabteilung übernehmen (§ 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1).
- (3) Die Leiterin oder der Leiter der Ehrenabteilung und ihre oder seine Stellvertreterin bzw. ihr oder sein Stellvertreter werden von den Angehörigen ihrer Abteilung auf die Dauer von fünf Jahren in geheimer Wahl gewählt und nach Zustimmung des Feuerwehrausschusses zu der Wahl durch die Feuerwehrkommandantin oder den Feuerwehrkommandanten bestellt. Sie haben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle ihres vorzeitigen Ausscheidens bis zum Dienstantritt einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers weiterzuführen. Sie können vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses abberufen werden
- (4) Die Leiterin oder der Leiter der Ehrenabteilung ist für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben ihrer bzw. seiner Abteilung verantwortlich; sie oder er unterstützt die Feuerwehrkommandantin bzw. den Feuerwehrkommandanten. Sie oder er wird von der stellvertretenden Leiterin bzw. vom stellvertretenden Leiter der Ehrenabteilung unterstützt und von ihr oder ihm in ihrer oder seiner Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten vertreten.
- (5) Die Angehörigen der Ehrenabteilung, die hierfür die erforderlichen gesundheitlichen und fachlichen Anforderungen erfüllen, können von der Feuerwehrkommandantin bzw. Feuerwehrkommandanten im Einvernehmen mit der Leiterin bzw. dem Leiter der Ehrenabteilung zu Übungen und Einsätzen herangezogen werden.
- (6) Die Angehörigen der Ehrenabteilung können auch weitere Tätigkeiten ausüben, die auf freiwilliger Basis in der Gemeindefeuerwehr übernommen werden können.

Vorstellbar ist hier z.B.:

- Gestalten mit Presse- und Medienarbeit
- Engagieren bei der Brandschutzerziehung in Schulen und Kindergärten
- Sicherheit gestalten durch Brandschutzaufklärung
- Unterstützen bei der Gerätewartung und bei der Fahrzeug- und Gebäudepflege
- Unterstützen bei Einsätzen, allerdings nur, wenn aufgrund des Umfangs oder der Zeitdauer des Einsatzes die Verfügbarkeit der Einsatzabteilung an ihre Grenzen stößt oder gar erschöpft ist und wenn es ausbildungs- und altersgerechte Verwendungsmöglichkeiten gibt wie z.B. Transportfahrten ohne Inanspruchnahme von Sonderechten, Pumpenbedienung bei lang dauernden Lenzeinsätzen, Lotsendienst bei Großschadenslagen oder Logistik- und Versorgungsaufgaben bei Großschadenslagen
- Mithelfen bei Verwaltungsarbeit
- Übernehmen einer Bildungs- oder Betreuungspatenschaft
- Dokumentieren und Aufbereiten der Feuerwehrgeschichte

§ 7 Jugendfeuerwehr

- (1) Die Jugendfeuerwehr besteht aus den Jugendgruppen, die auf Beschluss des Feuerwehrausschusses bei der Einsatzabteilung gebildet werden.
- (2) In die Jugendfeuerwehr können Personen vom 10. Lebensjahr bis zum vollendeten 17. Lebensjahr aufgenommen werden, wenn sie
 1. den gesundheitlichen Anforderungen des Feuerwehrdienstes gewachsen sind,
 2. geistig und charakterlich für den Feuerwehrdienst geeignet sind,
 3. sich zu einer längeren Dienstzeit bereit erklären,
 4. nicht infolge Richterspruchs nach § 45 des Strafgesetzbuchs (StGB) die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren haben,
 5. keinen Maßregeln der Besserung und Sicherung nach § 7 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) mit Ausnahme der Entziehung der Fahrerlaubnis unterworfen sind und
 6. nicht wegen Brandstiftung nach §§ 306 bis 306c StGB verurteilt wurden.

Die Aufnahme muss mit schriftlicher Zustimmung der Erziehungsberechtigten beantragt werden. Über die Aufnahme und das dafür maßgebende Mindestalter entscheidet der Feuerwehrausschuss.

- (3) Die Zugehörigkeit des Angehörigen der Jugendfeuerwehr zur Jugendfeuerwehr endet, wenn
 1. sie oder in die Einsatzabteilung der Feuerwehr aufgenommen wird,
 2. sie oder er aus der Jugendfeuerwehr austritt,
 3. die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung schriftlich zurücknehmen,
 4. sie oder er den gesundheitlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist,
 5. sie oder er das 18. Lebensjahr vollendet oder
 6. der Feuerwehrausschuss den Dienst in der Jugendfeuerwehr aus wichtigem Grund beendet. § 4 Abs. 5 gilt entsprechend.
- (4) Die Leiterin oder der Leiter der Jugendabteilung (Jugendfeuerwehrwart*in) und ihre oder seine Stellvertreterin bzw. ihr oder sein Stellvertreter werden von den Angehörigen ihrer Abteilung auf die Dauer von fünf Jahren in geheimer Wahl gewählt und nach Zustimmung des Feuerwehrausschusses zu der Wahl durch die Feuerwehrkommandantin bzw. den Feuerwehrkommandanten bestellt. Sie haben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle ihres vorzeitigen Ausscheidens bis zum Dienstantritt einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers weiterzuführen. Die Feuerwehrkommandantin bzw. der Feuerwehrkommandant kann geeignet erscheinende Angehörige der Gemeindefeuerwehr mit der vorläufigen Leitung der Jugendfeuerwehr beauftragen. Die Jugendfeuerwehrwartin oder der Jugendfeuerwehrwart muss der Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr angehören und soll den Lehrgang Jugendfeuerwehrwart*in besucht haben. Die Jugendfeuerwehrwartin oder der Jugendfeuerwehrwart und

ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihrer oder seines Stellvertreters können vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses abberufen werden

- (5) Die Jugendfeuerwehrwartin oder der Jugendfeuerwehrwart ist für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben ihrer oder seiner Abteilung verantwortlich; sie oder er unterstützt die Feuerwehrkommandantin oder den Feuerwehrkommandanten. Sie oder er wird von der stellvertretenden Leiterin oder vom stellvertretenden Leiter der Jugendfeuerwehr unterstützt und von ihr oder ihm oder in ihrer oder seiner Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten vertreten.

§ 8 Bambini-Gruppe

- (1) Die Bambini-Gruppe der Feuerwehr führt den Namen „Bambini-Gruppe Feuerwehr Wittnau“.
- (2) In die Bambini-Gruppe können Kinder zwischen dem vollendeten 6. Lebensjahr und dem vollendeten 9. Lebensjahr aufgenommen werden. Die Aufnahme muss mit schriftlicher Zustimmung der Erziehungsberechtigten beantragt werden. Über die Aufnahme entscheidet der Abteilungsausschuss.
- (3) Die Zugehörigkeit zur Bambini-Gruppe endet, wenn:
 1. sie oder er in die Jugendfeuerwehr aufgenommen wird,
 2. sie oder er aus der Bambini-Gruppe austritt,
 3. die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung schriftlich zurücknehmen,
 4. sie oder er den gesundheitlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist,
- (4) Das Ziel und die Aufgabe der Bambini-Gruppe bestehen darin, den Nachwuchs für die Jugendfeuerwehr zu sichern und die Kinder spielerisch an die Thematik „Feuerwehr“ zu gewöhnen.

§ 9 Ehrenmitglieder

- (1) Der Gemeinderat kann auf Vorschlag des Feuerwehrausschusses
 1. Personen, die sich um das örtliche Feuerwehrwesen besondere Verdienste erworben oder zur Förderung des Brandschutzes wesentlich beigetragen haben, die Eigenschaft als Ehrenmitglied und
 2. bewährten Feuerwehrkommandantinnen und Feuerwehrkommandanten nach Beendigung ihrer aktiven Dienstzeit die Eigenschaft als Ehrenkommandantin bzw. Ehrenkommandant verleihen.

§ 10 Organe der Feuerwehr

- (1) Organe der Feuerwehr sind

1. Feuerwehrkommandant*in,
2. Leiter*in der Ehrenabteilung und der Jugendfeuerwehr,
3. Feuerwehrausschuss,
4. Hauptversammlung.

§ 11 Feuerwehrkommandant*in und Stellvertreter*in

- (1) Die Leiterin oder der Leiter Feuerwehr ist die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant.
- (2) Die ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandantin oder der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und ihre oder seine Stellvertreterin bzw. ihr oder sein Stellvertreter werden von den Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr aus deren Mitte in geheimer Wahl gewählt. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Bei vorzeitigem Ausscheiden der Feuerwehrkommandantin oder des Feuerwehrkommandanten oder ihrer oder seiner Stellvertreterin bzw. ihr oder sein Stellvertreter kann die Amtszeit für die Nachfolgerin bzw. des Nachfolgers auf die restliche Zeit der fünfjährigen Amtsperiode verkürzt werden
- (3) Die Wahlen der ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandantin oder des ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter werden in der Hauptversammlung durchgeführt.
- (4) Zur ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandantin oder zum ehrenamtlichen tätigen Feuerwehrkommandanten und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter kann nur gewählt werden, wer
 1. der Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr angehört,
 2. über die für dieses Amt erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügt und
 3. die nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllt.
- (5) Die ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandantin oder der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und ihre oder seine Stellvertreterin bzw. ihr oder sein Stellvertreter werden nach der Wahl und nach Zustimmung durch den Gemeinderat von der Bürgermeisterin bzw. vom Bürgermeister bestellt.
- (6) Die ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandantin oder der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und ihre oder seine Stellvertreterin bzw. Stellvertreter haben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle ihres vorzeitigen Ausscheidens bis zum Dienstantritt eines Nachfolgers weiterzuführen. Kommt binnen drei Monaten nach Freiwerden der Stelle oder nach Versagung der Zustimmung keine Neuwahl zustande, bestellt die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister den vom Gemeinderat gewählte Feuerwehrangehörige zur Feuerwehrkommandantin bzw. den vom Gemeinderat gewählten Feuerwehrangehörigen zum Feuerwehrkommandanten oder ihre oder seine Stellvertreterin oder ihren oder seinen Stellvertreter (§ 8 Abs. 2 Satz 3 FwG). Diese Bestellung endet mit der Bestellung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers nach Absatz 5.

- (7) Gegen eine Wahl des ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandantin oder des ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkommandanten und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihres oder seines Stellvertreters kann binnen einer Woche nach der Wahl von jeder bzw. jedem Wahlberechtigten Einspruch bei der Gemeinde erhoben werden. Nach Ablauf der Einspruchsfrist können weitere Einspruchsgründe nicht mehr geltend gemacht werden. Gegen die Entscheidung über den Einspruch kann die oder der Wahlberechtigte, die oder der Einspruch erhoben hat, und die oder der durch die Entscheidung betroffene Bewerberin oder Bewerber unmittelbar Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage erheben.
- (8) Vor der Bestellung einer hauptberuflich tätigen Feuerwehrkommandantin oder eines hauptberuflich tätigen Feuerwehrkommandanten oder einer hauptberuflich tätigen Stellvertreterin oder eines hauptberuflich tätigen Stellvertreters der Feuerwehrkommandantin oder des Feuerwehrkommandanten ist der Feuerwehrausschuss zu hören.
- (9) Die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant ist für die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr verantwortlich (§ 9 Abs. 1 Satz 1 FwG) und führt die ihr oder ihm durch Gesetz und diese Satzung übertragenen Aufgaben durch. Sie oder er hat insbesondere
1. eine Alarm- und Ausrückeordnung für die Aufgaben nach § 2 aufzustellen und fortzuschreiben und sie der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister mitzuteilen,
 2. auf die ordnungsgemäße feuerwehrtechnische Ausstattung hinzuwirken,
 3. für die Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr und
 4. für die Instandhaltung der Feuerwehrausrüstungen und -einrichtungen zu sorgen,
 5. die Zusammenarbeit der Einsatzabteilung bei Übungen und Einsätzen zu regeln,
 6. die Tätigkeit der Funktionsträgerinnen oder der Funktionsträger, der Leiterin oder des Leiters der Ehrenabteilung und der Jugendfeuerwehr sowie der Kassenverwalterin oder des Kassenverwalters und der Gerätewartin oder des Gerätewarts zu überwachen,
 7. der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister über Dienstbesprechungen zu berichten,
 8. Beanstandungen in der Löschwasserversorgung der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister mitzuteilen.
- Die Gemeinde hat sie oder ihn bei der Durchführung ihrer oder seiner Aufgaben angemessen zu unterstützen (§ 9 Abs. 1 Satz 2 FwG).
- (10) Die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant hat die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister und den Gemeinderat in allen feuerwehrtechnischen Angelegenheiten von sich aus zu beraten. Sie oder er soll zu den Beratungen der Gemeindeorgane über Angelegenheiten der Feuerwehr mit beratender Stimme zugezogen werden.
- (11) Die stellvertretende Feuerwehrkommandantin oder der stellvertretende Feuerwehrkommandant hat die Feuerwehrkommandantin oder den Feuerwehrkommandanten zu unterstützen und sie oder ihn in ihrer oder seiner Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten zu vertreten.
- (12) Die ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandantin oder der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter können vom Gemeinderat nach Anhörung des Feuerwehrausschusses abberufen werden (§ 8 Abs. 2 Satz 5 FwG).

§ 12

Unterführerinnen und Unterführer

- (1) Die Unterführerinnen oder Unterführer (Zug- und Gruppenführerinnen bzw. Zug- und Gruppenführer) dürfen nur bestellt werden, wenn sie
 1. einer Einsatzabteilung der Feuerwehr angehören,
 2. über die für ihr Amt erforderlichen, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen und
 3. die nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen erfüllen.
- (2) Die Unterführerinnen oder Unterführer werden von der Feuerwehrkommandantin oder vom Feuerwehrkommandanten auf Vorschlag des Feuerwehrausschusses auf die Dauer von fünf Jahren bestellt. Der Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant kann die Bestellung nach Anhörung des Feuerwehrausschusses widerrufen. Die Unterführerinnen und Unterführer haben ihre Dienststellung nach Ablauf ihrer Amtszeit oder im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens bis zur Bestellung des Nachfolgers wahrzunehmen.
- (3) Die Unterführerinnen oder Unterführer führen ihre Aufgaben nach den Weisungen der Vorgesetzten aus.

§ 13

Funktionsträgerinnen und Funktionsträger

- (1) Die Schriftführerin oder der Schriftführer, die Kassenverwalterin oder der Kassenverwalter werden vom Feuerwehrausschuss auf fünf Jahre gewählt. Die Gerätewartin oder der Gerätewart werden von der Feuerwehrkommandantin bzw. vom Feuerwehrkommandanten nach Anhörung des Feuerwehrausschusses im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister eingesetzt und abberufen. Vor der Bestellung einer hauptberuflich tätigen Gerätewartin oder eines hauptberuflichen tätigen Gerätewarts oder der Übertragung der Aufgaben der Gerätewartin oder des Gerätewarts auf eine Gemeindebedienstete oder einen Gemeindebediensteten ist der Feuerwehrausschuss zu hören.
- (2) Die Schriftführerin oder der Schriftführer hat über die Sitzungen des Feuerwehrausschusses und über die Hauptversammlung jeweils eine Niederschrift zu fertigen und in der Regel die schriftlichen Arbeiten der Feuerwehr zu erledigen.
- (3) Die Kassenverwalterin oder der Kassenverwalter hat die Kameradschaftskasse (§ 17) zu verwalten und sämtliche Einnahmen und Ausgaben nach der Ordnung des Wirtschaftsplans zu verbuchen. Zahlungen darf sie oder er nur aufgrund von Belegen und schriftlichen Anweisungen der Feuerwehrkommandantin oder des Feuerwehrkommandanten annehmen und leisten. Die Gegenstände des Sondervermögens sind ab einem Wert von 500 € in einem Bestandsverzeichnis nachzuweisen.
- (4) Die Gerätewartin oder der Gerätewart hat die Feuerwehreinrichtungen und die Ausrüstung zu verwahren und zu pflegen. Mängel sind unverzüglich der Feuerwehrkommandantin oder dem Feuerwehrkommandanten zu melden. Außerdem hat er die Geräte nach der Geräteprüfordnung zu prüfen und in der Prüfliste zu dokumentieren.

§ 14 Feuerwehrausschuss

- (1) Der Feuerwehrausschuss besteht aus der Feuerwehrkommandantin oder dem Feuerwehrkommandanten als der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden und aus zwei auf fünf Jahre in der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr.
- (2) Dem Feuerwehrausschuss gehören als Mitglied außerdem an
 - die Stellvertreterin oder der Stellvertreter der Feuerwehrkommandantin oder des Feuerwehrkommandanten,
 - die Leiterin oder der Leiter der Ehrenabteilung,
 - die Jugendfeuerwehrwartin oder der Jugendfeuerwehrwart,
 - die Schriftführerin oder der Schriftführer,
 - die Kassenverwalterin oder der Kassenverwalter und
 - die Zug- und Gruppenführer*innen.
- (3) Die Vorsitzende oder der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Feuerwehrausschusses mindestens zweimal im Jahr ein. Sie oder er ist ferner hierzu verpflichtet, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder verlangt. Die Einladung mit der Tagesordnung soll den Mitgliedern spätestens drei Tage vor der Sitzung zugehen. Der Feuerwehrausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
- (4) Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister ist von den Sitzungen des Feuerwehrausschusses durch Übersenden einer Einladung mit Tagesordnung rechtzeitig zu benachrichtigen. Sie bzw. er kann an den Sitzungen jederzeit teilnehmen oder sich durch Beauftragte vertreten lassen.
- (5) Beschlüsse des Feuerwehrausschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.
- (6) Die Sitzungen des Feuerwehrausschusses sind nicht öffentlich. Über jede Sitzung wird eine Niederschrift gefertigt; sie ist der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister sowie den Ausschussmitgliedern zuzustellen. Die Niederschriften sind den Angehörigen der Einsatzabteilungen auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.
- (7) Der Feuerwehrkommandant kann zu den Sitzungen auch andere Angehörige der Gemeindefeuerwehr beratend zuziehen.
- (8) Für die Durchführung der Sitzungen des Feuerwehrausschusses gilt § 15 Abs. 6 sowie § 15 Abs. 4 Satz 1 Alt. 2 entsprechend.

§ 15 Hauptversammlung

- (1) Unter dem Vorsitz der Feuerwehrkommandantin bzw. des Feuerwehrkommandanten findet jährlich mindestens eine ordentliche Hauptversammlung der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr statt.

erwehrt statt. Der Hauptversammlung sind alle wichtigen Angelegenheiten der Feuerwehr, soweit für deren Behandlung nicht andere Organe zuständig sind, zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

- (2) In der Hauptversammlung hat die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant einen Bericht über das vergangene Jahr und die Kassenverwalterin oder der Kassenverwalter einen Bericht über den Rechnungsabschluss des Sondervermögens für die Kameradschaftspflege (§ 17) zu erstatten. Die Hauptversammlung beschließt über den Rechnungsabschluss.
- (3) Die Hauptversammlung wird von der Feuerwehrkommandantin bzw. vom Feuerwehrkommandanten einberufen. Sie ist binnen eines Monats einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Angehörigen der Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehr dies schriftlich unter Angaben von Gründen verlangt. Zeitpunkt und Tagesordnung der Hauptversammlung sind den Mitgliedern so wie der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister vierzehn Tage vor der Versammlung bekannt zu geben.
- (4) Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Angehörigen der Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr anwesend ist oder an der Hauptversammlung nach Absatz 6 Buchstabe b) in digitaler Form teilnimmt. Bei Beschlussunfähigkeit kann eine zweite Hauptversammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Angehörigen der Einsatzabteilung der Gemeindefeuerwehr beschlussfähig ist. Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Auf Antrag ist geheim abzustimmen.
- (5) Über die Hauptversammlung wird eine Niederschrift gefertigt. Der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister ist die Niederschrift auf Verlangen vorzulegen.
- (6) Sofern die Hauptversammlung in Form einer Präsenzveranstaltung aus schwerwiegenden Gründen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, entscheidet die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses, ob
 - (a) die Hauptversammlung auf einen zentralen Termin, jedoch maximal bis zu einem Jahr verschoben wird oder
 - (b) die Hauptversammlung in digitaler Form abgehalten wird.

Schwerwiegende Gründe liegen insbesondere vor bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes, bei sonstigen außergewöhnlichen Notsituationen oder wenn aus anderen Gründen eine ordnungsgemäße Durchführung unzumutbar wäre.

Die Hauptversammlung ohne persönliche Anwesenheit der Angehörigen der Gemeindefeuerwehr im Sitzungsraum kann nach Absatz 6 Buchstabe b) durchgeführt werden, sofern eine Beratung und Beschlussfassung durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Videokonferenz, möglich ist. Die nach dem Feuerweggesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen und die Fassung von Beschlüssen in geheimer Abstimmung sind im Rahmen einer Hauptversammlung nach § Absatz 6 Buchstabe b) nicht möglich. Für Sie gilt § 16 Absatz 7 sinngemäß.

§ 16 Wahlen

- (1) Die nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen werden von der Feuerwehrkommandantin bzw. vom Feuerwehrkommandanten geleitet. Steht sie oder er selbst zur Wahl, bestellen die Wahlberechtigten eine Wahlleiterin bzw. einen Wahlleiter.
- (2) Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln durchgeführt. Wahlen in digitaler Form nach Absatz 7 Buchstabe c) werden ohne Stimmzettel durchgeführt.
- (3) Bei der Wahl der Feuerwehrkommandantin oder des Feuerwehrkommandanten und ihrer bzw. seiner Stellvertreterin oder ihres seines Stellvertreters ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten hat. Wird diese Stimmenzahl nicht erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerberinnen oder Bewerbern mit den meisten Stimmen statt, bei der die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Stehen nur eine Bewerberin bzw. ein Bewerber zur Wahl und erreicht diese oder dieser im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit nicht, findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem die Bewerberin der Bewerber mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wahlberechtigten erhalten muss.
- (4) Die Wahl der Mitglieder des Feuerwehrausschusses wird als Mehrheitswahl ohne das Recht der Stimmenhäufung durchgeführt. Jede und jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Ausschussmitglieder zu wählen sind. In den Feuerwehrausschuss sind diejenigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Die nicht gewählten Mitglieder sind in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahlen Ersatzmitglieder. Scheidet ein gewähltes Ausschussmitglied aus, so rückt für den Rest der Amtszeit das Ersatzmitglied nach, das bei der Wahl die höchste Stimmenanzahl erzielt hat.
- (5) Die Niederschrift über die Wahl der Feuerwehrkommandantin bzw. des Feuerwehrkommandanten und ihrer bzw. seiner Stellvertreterin oder ihres seines Stellvertreters ist innerhalb einer Woche nach der Wahl der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister zur Vorlage an den Gemeinderat zu übergeben. Stimmt der Gemeinderat der Wahl nicht zu, findet innerhalb von drei Monaten eine Neuwahl statt.
- (6) Kommt binnen eines Monats die Wahl der Feuerwehrkommandantin bzw. des Feuerwehrkommandanten oder ihrer bzw. seiner Stellvertreterin oder ihres oder seines Stellvertreters nicht zustande oder stimmt der Gemeinderat der Wahl nicht zu, so hat der Feuerwehrausschuss der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister ein Verzeichnis aller Angehörigen der Feuerwehr vorzulegen, die sich aufgrund ihrer Ausbildung und Bewährung im Feuerwehrdienst zur kommissarischen Bestellung (§ 8 Abs. 2 Satz 3 FwG) eignen.
- (7) Sofern die Hauptversammlung nach § 15 Absatz 6 nicht in Form einer Präsenzveranstaltung durchgeführt wird, entscheidet der Bürgermeister nach Anhörung des Feuerwehrausschusses, ob
 - (a) die nach dem Feuerwehrgesetz und dieser Satzung durchzuführenden Wahlen und Beschlussfassungen in geheimer Abstimmung in einer Präsenzversammlung (Wahlversammlung) durchgeführt werden oder
 - (b) zu treffende Beschlüsse in der bzw. die Wahlen durch die Versammlung in Form einer Briefwahl herbei- bzw. durchgeführt werden oder

- (c) zu treffende Beschlüsse in der bzw. die Wahlen durch die Versammlung in Form einer Online-Abstimmung bzw. –Wahl herbei- bzw. durchgeführt werden.
- (8) Für Wahlen in der Ehrenabteilung und der Jugendfeuerwehr gelten die Absätze 2 bis 7 sinngemäß.

§ 17

Sondervermögen für die Kameradschaftspflege (Kameradschaftskasse)

- (1) Für die Feuerwehr wird ein Sondervermögen für die Kameradschaftspflege und die Durchführung von Veranstaltungen gebildet.
- (2) Das Sondervermögen besteht aus
1. Zuwendungen der Gemeinde und Dritter,
 2. Erträgen aus Veranstaltungen,
 3. sonstigen Einnahmen,
 4. mit Mitteln des Sondervermögens erworbenen Gegenständen.
- (3) Der Feuerwehrausschuss stellt mit Zustimmung der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters einen Wirtschaftsplan auf, der alle im Haushaltsjahr zur Erfüllung der Aufgaben der Kameradschaftskasse voraussichtlich eingehenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben enthält. Ausgaben können für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden. Über- und außerplanmäßige Ausgaben können zugelassen werden, wenn ihre Deckung gewährleistet ist. Außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters. Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren dürfen nur eingegangen werden, wenn der Wirtschaftsplan dazu ermächtigt.
- (4) Über die Verwendung der Mittel beschließt der Feuerwehrausschuss. Der Feuerwehrausschuss kann die Feuerwehrkommandantin oder den Feuerwehrkommandanten ermächtigen, über die Verwendung der Mittel bis zu einer bestimmten Höhe oder für einen festgelegten Zweck zu entscheiden. Die Feuerwehrkommandantin oder der Feuerwehrkommandant vertritt bei Ausführung des Wirtschaftsplans die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister.
- (5) Die für das Sondervermögen eingerichtete Sonderkasse (Kameradschaftskasse) ist jährlich mindestens einmal von zwei Rechnungsprüferinnen bzw. Rechnungsprüfern, die von der Hauptversammlung auf fünf Jahre bestellt werden, zu prüfen. Der Rechnungsabschluss ist der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister vorzulegen.

§ 18

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Feuerwehrsatzung vom 19. April 2011 mit den bisherigen Änderungen außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 der GemO in der derzeit gültigen Fassung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Gemeinde Wittnau geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist, ohne tätig zu werden, verstreichen lässt, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind.

Wittnau, 04. Mai 2021



Jörg Kindel
Bürgermeister